

VISIONEN EINER BÜRGERGESELLSCHAFT

Heiner Keupp

Festrede beim 25. Geburtstag der Nachbarschaftshilfe Ismaning am 22.10.99

Eine Nachbarschaftshilfe ist gelebte „Bürgergesellschaft“. Als die Nachbarschaftshilfen im Münchner Umland in den 70er Jahren gegründet wurden, gab es dieses Etikett noch nicht. Auch der Begriff des „bürgerschaftlichen Engagements“ war noch nicht geboren, aber das, was er meint, hat in Nachbarschaftshilfen oder Mütterzentren längst Gestalt angenommen. Oft empfinden wir Wörter wie Kopfgeburten, zu denen es noch keine Praxis gibt. Bei „bürgerschaftlichem Engagement“ ist es umgekehrt. Es gibt reiches Erfahrungsmaterial für einen Begriff, der einem jetzt überall begegnet. Mein Erfahrungsmaterial mit Nachbarschaftshilfe liegt auch mehr als ein Vierteljahrhundert zurück. Da zog ich mit meiner Familie nach Unterschleißheim, eine dieser expandierenden Münchner Umlandgemeinden. Unsere Tochter war sieben Monate und sie bekam bald auch einen Bruder. Wir kannten erst einmal niemanden, aber wir nahmen bald wahr, daß eine Nachbarschaftshilfe im Aufbau war. Sie bot im Frühjahr und Herbst einen Basar an, in dem wir Kinderkleidung und viele andere nutzbringende Dinge erwerben und loswerden konnten. Meine Frau hat über Jahre an der Durchführung dieser Basare mitgewirkt (ihre „guten Taten“ hängen wir jedes Jahr an unseren Weihnachtsbaum). Wir haben den „Kinderpark“ nutzen können. Die Nachbarschaftshilfe bot vielfältige Unterstützung, aber verlangte auch Engagement. Sie bot Chancen der sozialen Integration und Anerkennung für uns und in der Mitwirkung an diesem gemeinschaftlichen Projekt erzeugte man diese Chance auch für andere. In ihr verschränkten sich „Eigennutz“ und „Gemeinwohlorientierung“ - zwei Haltungen, die man immer wieder als Gegensätze genannt findet, aber sie gehören in einer Nachbarschaftshilfe zusammen. Und genau in dieser Verknüpfung bilden sie ein zentrale Quelle dessen, was wir heute „bürgerschaftliches Engagement“ nennen. Neben vielen anderen Projekterfahrungen im Sozialbereich und zuletzt im Agendaprozeß der Stadt München ist also die Nachbarschaftshilfe für mich ein Stück „Primärerfahrung“ mit bürgerschaftlichem Engagement - bevor ich diesen Begriff zu buchstabieren wußte. Konrad Hummel leitet im Sozialministeriums Baden-Württembergs eine Stabsstelle zur Förderung bürgerschaftliches

Engagements und er definiert dieses als „ganzheitliches Handeln oder auch die Handlungsbereitschaft von Bürgern im Eigeninteresse mit anderen gemein-sam zugunsten aller gemeinsam“ (1997, S. 43). Genau diese Trias von Eigeninteresse, gemeinschaftlichem Handeln und Orientierung am Gemeinwohl findet in Nachbarschaftshilfen statt.

Der Begriff der Bürger- oder Zivilgesellschaft ist in aller Munde, ohne dadurch an Präzision zu gewinnen. Was wollen wir darunter verstehen? Keine präzise wissenschaftliche Definition, aber doch eine wichtige Sammlung von Bestimmungsmerkmalen einer Bürgergesellschaft hat Timothy Garton Ash in seinem Buch „Ein Jahrhundert wird abgewählt“ (1990) vorgelegt. Er hat sie aus den Wünschen der Ostmitteleuropäer herausdestilliert, die sich vor 10 Jahren anschickten, ihre eigene Bürgergesellschaft zu schaffen: Es soll Formen der Assoziation geben, nationale, regionale, lokale, berufliche, die freiwillig, authentisch, demokratisch und, zuerst und zuletzt, nicht kontrolliert oder manipuliert sind von der Partei oder ihrem Staat. Menschen sollen ‘bürgerlich’ sein in ihrem Verhalten; das heißt höflich, tolerant und vor allem gewaltlos. Bürgerlich und zivil. Die Idee der Bürgerrechte ist ernst zu nehmen“ (zit. nach Dahrendorf 1992, S. 68f.).

Das Wort Bürgergesellschaft „klingt wie ein Versprechen: Engagement statt Apathie, Gemeinwohl statt Eigennutz, Solidarität statt Macht. Überhaupt ein Zugang zur Politik, der sich eher an Werten als an Interessen, an Menschen statt an Strukturen orientiert. In diesem Sinne ist ‘Bürgergesellschaft’ ein Sympathiebegriff geworden“ (Evers 1999). Und deshalb hat er auch Konjunktur. In diesem Mai haben wir aus Anlaß des 50-jährigen Bestehens des Grundgesetzes bundesweit die „Woche der Bürgerschaft“ begangen. Für mich ist bürgerschaftliches oder bürgerschaftliches Engagement eine Form gelebter demokratischer Alltagskultur. Sie lebt aus der Identifikation mit demokratischen Spielregeln im Sinne eines partizipativ und solidarisch orientierten Gemeinwesens, in dem die öffentlichen Angelegenheiten zu Anliegen der Bürgerinnen und Bürger werden, die sich in diese Angelegenheiten einmischen, sie nach ihren Vorstellungen und Interessen zu gestalten versuchen, die aber auch akzeptieren, daß in einer pluralistischen Gesellschaft keine Instanz, keine Person und keine Gruppierung für sich beanspruchen kann, über die einzig richtige Lösung zu verfügen.

Bürgerschaftliches Engagement muß aus der Engführung eines „Notstrom-aggregats“ für die Erwerbsgesellschaft oder eine anorektisch gefährdete kommunale Verwaltung herausgeführt werden. Es kann nicht um ein Modell der großräumigen Beschäftigungstherapie jener Bevölkerungsgruppen gehen, die als Problemgruppen des Arbeitsmarktes gelten. Bürgerschaftliches Engagement hat natürlich mit den tiefgreifenden Veränderungen der Arbeitsgesellschaft zu tun, aber in ihm bündeln sich auch weitere wichtige Diskurse. Die Faszination, die von der Entdeckung einer zivilgesellschaftlichen Perspektive ausgeht, hat gerade damit zu tun, daß das Konzept vom bürgerschaftlichen Engagement unterschiedliche aktuelle gesellschaftlicher Fragestellungen zu bündeln vermag.

Bürgerschaftliches Engagement läßt sich als Schnittmenge folgender Diskurse charakterisieren:

(1) Der *Gemeinwohldiskurs*: Die besorgte Debatte um das Gemeinwohl um Gemeinsinn in einer individualisierten Gesellschaft. Geht uns das „soziale Kapital“ verloren, jener Bereich sozialer Beziehungen und Kontexte, in denen sich Menschen beheimaten und identifizieren können.

(2) Der *Demokratiediskurs*: Die Zivilgesellschaft wird entdeckt und als das „Herz“ oder die „Seele“ der demokratischen Gesellschaft betrachtet. Sie besteht aus dem Engagement der BürgerInnen. Sie mischen sich ein und machen sich öffentliche Anliegen zu ihren eigenen.

(3) Der *Diskurs sozialer Sicherung*: Wie stellen Gesellschaften die Absicherung vor der Folgen existentieller Risiken und Bedrohungen sicher, ohne daß Menschen zu Objekten „fürsorglicher Belagerung“ gemacht werden oder zu passiven DienstleistungsempfängerInnen?

(4) Der *Tätigkeitsdiskurs*: Tätigkeit im Sinne von Erwerbsarbeit ist das zentrale Medium der Identitätsentwicklung der Moderne gewesen. Wenn aber die Erwerbsarbeit nicht für alle Menschen eine Verankerungsmöglichkeit schafft, wie soll dann im positiven Sinne Identität geschaffen werden? Die Idee der Tätigkeitsgesellschaft, zeigt so viele sinnvolle gesellschaftliche Aktivitätsfelder auf, die sich nicht auf Erwerbsarbeit reduzieren lassen.

Das Konzept bürgerschaftliches Engagement bündelt also wichtige Diskurse, in denen um innovative zukunftsfähige Lösungen gerungen wird.

WERTEWANDEL UND SELBSTSORGE ALS BASIS VON ALLTAGSSOLIDARITÄTEN

In Deutschland wird mir zu schnell zugestimmt, wenn die Folgen des gesellschaftlichen Umbruchs, mit dem wir gegenwärtig zu tun haben, nur als Verlustbilanz aufgemacht wird. Individualisierungsprozesse werden meist gleichgesetzt mit Erosionsprozesse von Gemeinschaftlichkeit und als die Ursache eines wachsenden Egotrips der Menschen erklärt. Es scheint mir erforderlich, einen weniger trauerumflorten Blick auf diese Prozesse zu richten, die ein ganz wesentlicher Motor für jene Veränderungen sind, die unseren Alltag gegenwärtig tiefgreifend verändern.

Wir sollten mit unseren Begriffen sehr sorgfältig umgehen. Wenn Menschen auf ihre eigenen Bedürfnisse achten, und sich in aktiver Weise um sich selbst sorgen, halte ich Begriffe wie Egoismus für völlig ungeeignet. Es spricht alles für die Notwendigkeit, auf die spezifische Dynamik aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen mit differenzierteren Perspektiven zu schauen. Da bekommen Handlungs- und Motivbündel die an subjektiven Bedürfnissen und Erwartungen ansetzen ganz schnell einen anderen Rahmen und in diesem Rahmen wird das moralische Verdikt "egoistisch" unbrauchbar.

Ich will das an einem Beispiel erläutern. In eine Münchner Trabantenstadt zugezogene Mittelschichtfamilien haben eine Situation gemeinsam: Die Berufsmänner sind tagsüber schwer beschäftigt; ihre Ehefrauen sind meist mit ihren kleinen Kindern ziemlich allein; die Decke fällt ihnen auf den Kopf; sie kennen niemanden und die abends müde heimkehrenden Männer sind als Kompensation für kommunikative Wünsche auch nicht besonders geeignet. Aus ihrer eigenen Bedürftigkeit heraus suchen sie nach Auswegen aus ihrer Krise und stoßen auf andere Frauen, denen es ziemlich genauso geht. Aus dieser Einsicht wächst der Wunsch, gemeinsam etwas gegen die eigene Isolation zu tun und daraus entsteht eine Gruppe. Da will also jemand was für sich und holt sich auch etwas. Altruistisch ist das nicht! Da wird doch nicht aus reinem Herzen etwas "Gutes" für andere getan! Eigentlich ist der Motivhintergrund doch selbstbezogen,

also egoistisch. Und trotzdem entsteht eine Art Bürgerzentrum von unten. Hier wird deutlich, wie diese Kategorie hier ihre Paßform völlig verloren hat.

Ich würde mal vermuten, daß die Mehrheit der Frauen und Männer, die diese Stadtteilinitiative aktiv mit aufgebaut haben, an dem allgemeinen Wertewandel teilhaben, der für die Bundesrepublik in den letzten Jahren immer wieder nachgewiesen worden ist. In diesem Wertewandel werden Selbstentfaltungswerte (z.B. „eigene Fähigkeiten und Kenntnisse einbringen und weiterentwickeln“, „sich selbst aktiv halten“, „interessante Leute kennenlernen“ oder „Spaß haben“) immer bedeutsamer, allerdings lösen sie nicht einfach die traditionellen Tugenden und Pflichten („anderen Menschen helfen“, „etwas Nützliches für das Gemeinwohl tun“, „mehr für den Zusammenhalt der Menschen tun“ oder „praktische Nächstenliebe üben“) ab, sondern sie mischen sich auf höchst eigenwillige Weise. Und genauso dieses gilt auch für die Motive des Engagements, die für die Bundesrepublik nachgewiesen worden sind. Klages (1998) zeigt dies in seinem Wertesurvey von 1997 sehr klar auf. Wenn man sich die Liste des Wertesurveys anschaut, dann zeigt sich, daß sowohl traditionelle Orientierungen, als auch selbstentfaltungsbezogene Motive eine tragende Rolle spielen.

Ich fasse diesen Punkt mit einer *These* zusammen:

Ein tiefgreifender Wertewandel hat die ganze Bevölkerung der Bundesrepublik erfaßt. Selbstentfaltungswerte gewinnen und traditionelle Pflichtwerte verlieren an Bedeutung. Diese Entwicklung wird oft als Tendenz zum Egoismus mißverstanden. Es ist vielmehr eine Tendenz zu mehr Eigeninitiative, Eigensinn und Selbstsorge, die eine wichtige Quelle bürgerschaftlichen Engagements darstellt.

Um die Potentiale von Alltagssolidarität steht es offensichtlich sehr viel besser, als es uns manche rückwärtsgewandten Klagelieder über den Zustand unserer Gesellschaft suggerieren wollen. Und wir müssen vor allem von falschen Grobkategorien und so wunderbar einfachen Polaritäten Abschied nehmen. Wir müssen vor allem differenzieren zwischen jenen Prozessen, die unsere kapitalistische Wirtschaftsordnung fördert und fordert: Jede Chance auf Rendite zu nutzen, den eigenen Vorteil auf dem Markt zu suchen, die eigenen Interessen möglichst auszureizen. Das hat erst ein-

mal mit Egoismus nichts zu tun. Hier handelt es sich um die "Wolfsgesetze" einer ökonomischen Ordnung, die auch ordnungspolitisch auf dieser Ebene eingedämmt oder überwunden werden müssen oder dort, wo sie zerstörerische Wirkung entfalten, in der ökonomischen Logik (etwa durch eine öko-logische Steuerreform) bekämpft werden müssen. Hier dürfte die Diagnose von moralischen Charakterdefiziten etwa so wirksam sein wie Wadenwickel gegen Heuschnupfen.

Reflektierte und gelungene Selbstsorge, danach zu fragen, was ich will und was für mich gut ist, ist nicht nur kein Widerspruch zur Bereitschaft im Alltag praktische Solidarität zu üben, sondern sogar ihre Voraussetzung. Gerade und speziell in einer individualisierten Gesellschaft.

BAUSTEINE ZU EINER VISION DER BÜRGERGESELLSCHAFT

Uns seien die "utopischen Energien" ausgegangen, hat allerdings Jürgen Habermas in den 80er Jahren diagnostiziert und er hat ja sicher damit recht in bezug auf die großen gesellschaftlichen Visionen von einer besseren Welt. Vielleicht ist ja auch ganz gut, daß die Konjunktur der umfassenden Gesamtentwürfe vorbei ist, denn sie haben zwar immer Glücksverheißungen für die Menschen offeriert, ihnen selbst aber selten die Chance eingeräumt, über Weg und Ziel mitzubestimmen.

Vielleicht ist das auch der zentrale Prüfstein für alle realen Utopien, die mit unseren Erfahrungen entwickelt werden können: Ohne die Anerkennung der aktiven Subjekte, ohne ihre unhintergehbaren Ansprüche auf Selbstbestimmung und Partizipation kann es keine zukunftsfähige Gesellschaft geben. Aber genau diese Ansprüche und Rechte ins Zentrum gesellschaftlicher Umgestaltung zu rücken, ist sehr viel mehr als Realitätsprinzip. Wir sind noch sehr weit davon entfernt. Hier zeichnet sich die Vision einer zukunftsfähigen Zivilgesellschaft ab, in deren Zentrum bürgerschaftliches Engagement steht und die durch bürgerschaftliches Engagement entsteht. Sieben Anregungen für diese reale Utopie möchte ich nennen, die zugleich deutlich machen, daß Gesundheitsförderung, eine ernsthafte Initiative zu einer nachhaltigen ökologischen Umgestaltung unserer Lebensweise und ein neues Verständnis von Sozialpolitik ohne eine solche Perspektive bürgerschaftlichen Engagements nicht gelingen können:

Zukunftsbezogen ist Jeremy Rifkins Plädoyer für die „dritte Säule der neuen Gesellschaft. Rifkin ist Vorsitzender der Foundation on Economic Trends in Washington und Autor des vielbeachteten Buches "Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft" (1997).

Wie viele andere Wirtschafts- und Arbeitswissenschaftler sieht Rifkin weltweit einen radikalen Abbau von Arbeit im Gefolge der Revolutionierung von Arbeitsprozessen durch die Informationstechnologien. Betroffen ist durch die Entwicklung immer leistungsfähigerer Computer der Mensch als Produktionsfaktor. Es ging dem Menschen heute so ähnlich wie dem Pferd in einer früheren Epoche der industriellen Revolution und Rifkin bezieht sich dabei auf eine Prognose des Nobelpreisträgers für Wirtschaftswissenschaften Wassily Leontief, daß "die Bedeutung des Menschen als des wichtigsten Produktionsfaktors in der gleichen Weise schwinden wird, wie die Bedeutung des Pferdes für die landwirtschaftliche Produktion durch die Einführung von Traktoren zunächst abnahm und schließlich völlig eliminiert wurde." An dem Schicksal der industriellen Produktion sei diese Entwicklung klar erkennbar. In den USA ist in den vergangenen 30 Jahren der Anteil der Fabrikarbeiter an der Erwerbsbevölkerung von 33 auf unter 17 Prozent gesunken. In zehn Jahren wird sie in den USA unter 12 Prozent sinken und für das Jahr 2020 werden weniger als 2% der arbeitenden Bevölkerung Fabrikarbeiter sein. Die Hoffnungen auf die Umschichtung der Erwerbsbevölkerung in den Dienstleistungsbereich haben nicht das gehalten, was man sich von ihnen versprochen hatte. Schicht um Schicht werden außerdem in den Managementbereichen die "Fettringe" abgetragen und daraus resultiert eine weitere Reduktion von Erwerbsarbeit. Bei einer solchen Entwicklung wird die Integration von mehr Menschen in die Erwerbsarbeit wohl nur über radikale Modelle der Arbeitszeitverkürzung gelingen. Aber selbst deren konsequente Umsetzung wird seiner Auffassung nach keine Vollbeschäftigung garantieren können.

Rifkins Vision setzt auf die Aktivierung eines Bereichs gesellschaftlicher Arbeit, der neben dem freien Markt und dem öffentlichen Sektor existiert, dem gemeinnützigen Sektor.

Dieser Bereich ist nach Auffassung Rifkins "ein Querschnitt der Gesellschaft. Gemeinnützige Aktivitäten umfassen ein breites Spektrum: soziale Dienste und Gesundheitswesen, Erziehung und Forschung, Kunst, Religi-

on und Interessenvertretung. In Deutschland gibt es gegenwärtig mehr als 300 000 gemeinnützige Organisationen. Man findet sie praktisch in jedem Stadtteil und in jeder Gemeinde. Ihre Reichweiten stellen oft die von privatem und öffentlichem Sektor in den Schatten. Sie erstrecken sich über das Leben jedes einzelnen Bürgers und sie sind für ihn oft wichtiger als die Marktkräfte oder die öffentliche Bürokratie".

Rifkin plädiert dafür, sich "die deutsche Gesellschaft als einen dreibeinigen Hocker vorzustellen, dessen Beine der marktwirtschaftliche Bereich, der staatliche Bereich und der sozialgemeinnützige Bereich sind. Das erste Bein schafft wirtschaftliches Kapital, das zweite öffentliches Kapital und das dritte soziales Kapital." Dieses "besteht aus den Millionen Bürgern, die Woche für Woche ihre Zeit, ob haupt- oder ehrenamtlich, in den Dienst der vielen gemeinnützigen Organisationen stellen. Diese Bürger wissen längst, wie wichtig es ist, soziales Kapital in ihren Gemeinden und Stadtteilen zu schaffen."

Was Jeremy Rifkin entwirft, ist eine zivilgesellschaftliche Vision. Es geht längst nicht nur um ein umfassendes Programm von "Beschäftigungstherapie", sondern um eine politische Vision einer weiterentwickelten Demokratie, in deren Zentrum "bürgerschaftliches Engagement" steht. "Die wachsende soziale Unruhe und politische Instabilität, die aus diesem historischen Wandel der Arbeit entstehen, zwingen die Gesellschaften, nach einer neuen Orientierung zu suchen, die die Sorgen und Hoffnungen der Wähler anspricht. Die politische Debatte verharrt bis heute im Spannungsfeld von Markt und Staat - und wird so den Herausforderungen und Chancen des neuen Zeitalters immer weniger gerecht. Würde der gemeinnützige Bereich als dritte Säule zwischen Markt und Staat ernst genommen, änderte sich das Wesen des politischen Diskurses grundlegend. Denn endlich würde sich eine vollkommen neue Sicht von Politik und Wirtschaft, vom Wesen der Arbeit und Gesellschaft eröffnen."

Aber dieses neue soziale Kapital ist nicht zum Nulltarif zu haben. Es ist nicht einfach da und wartet nur darauf, abgeschöpft zu werden. Dazu macht Rifkin einen ganz konkreten Finanzierungsvorschlag: "Neue Jobs im gemeinnützigen Bereich werden aber Geld kosten. Man müsste daher auf den Wohlstand, der in der neuen Cyberspace-Ökonomie erwirtschaftet wird, eine geringe Steuer erheben und die so gewonnenen Mittel in die Stadtteile und Gemeinden, in die Schaffung von Arbeitsplätzen und den

Aufbau des sozialen Gemeinwesens umleiten. Das gäbe uns eine neue Agenda und eine kraftvolle Vision von der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts."

In der Vision von Rifkin hat bürgerschaftliches Engagement als die Kernidee der Zivilgesellschaft einen zentralen Stellenwert. Sind uns wirklich die "utopischen Energien" ausgegangen, wie es Jürgen Habermas schon in den 80er Jahren diagnostiziert hatte? Er hat ja sicher damit recht in bezug auf die großen gesellschaftlichen Visionen von einer besseren Welt. Vielleicht ist ja auch ganz gut, daß die Konjunkturen der umfassenden Gesamtentwürfe vorbei ist, denn sie haben zwar immer Glücksverheißungen für die Menschen offeriert, ihnen selbst aber selten die Chance eingeräumt, über Weg und Ziel mitzubestimmen. Ein Gegenentwurf kann nicht aus der Position des souveränen Theoretikers kommen, der uns sagt, was die Welt im Innersten zusammenhält und was zu tun ist.

Vielleicht ist das der zentrale Prüfstein für alle realen Utopien: Ohne die Anerkennung der aktiven Subjekte, ohne ihre unhintergehbaren Ansprüche auf Selbstbestimmung und Partizipation kann es keine zukunftsfähige Gesellschaft geben. Aber genau diese Ansprüche und Rechte ins Zentrum gesellschaftlicher Umgestaltung zu rücken, ist sehr viel mehr als Realitätsprinzip. Wir sind noch sehr weit davon entfernt. Hier zeichnet sich die Vision einer zukunftsfähigen Zivilgesellschaft ab, in deren Zentrum bürgerschaftliches Engagement steht und die durch bürgerschaftliches Engagement entsteht.

Sechs weitere Anregungen für diese reale Utopie möchte ich nennen, die zugleich deutlich machen, daß Gesundheitsförderung, eine ernsthafte Initiative zu einer nachhaltigen ökologischen Umgestaltung unserer Lebensweise und ein neues Verständnis von Sozialpolitik ohne eine solche Perspektive bürgerschaftlichen Engagements nicht gelingen kann:

(2) Public Health und ihre zentralen Ideen von Salutogenese und Gesundheitsförderung stellen einen wichtigen Pool für innovative Ideen und Forschungsbefunde dar. Der Gesundheits-Krankheitsbereich zeigt in besonderer Weise die Probleme einer sozialstaatlichen Tradition, die die Problemlösungen vollständig in die Zuständigkeit spezifischer Expertenkulturen überträgt und deren Leistungserbringung finanziert. Dadurch kommt es zu einer fragwürdigen Trias von "Enteignung" alltäglicher Lösungs-

kompetenzen, Defizit-Perspektive auf Lebenslagen und eine Expertenorientiertheit. Die Public Health-Forschung hat in der Orientierung an einer salutogenetischen Perspektive den Blick auf Bewältigungs- und Widerstandsressourcen gerichtet und dabei insbesondere die Relevanz netzwerkbezogener Ressourcen herausgearbeitet. Soziale Unterstützung im eigenen sozialen Beziehungsgefüge ist von großer Bedeutung bei der Bewältigung von Krisen, Krankheiten und Behinderungen sowie bei der Formulierung und Realisierung selbstbestimmter Lebensentwürfe. Gerade die Kräfte, die durch die Vernetzung von gleich Betroffenen entstehen können, sind von besonderer Qualität. Weil das so ist, wird die Stiftung und Unterstützung selbstorganisierter Betroffenenengruppen zunehmend zu einem zentralen Aufgabenfeld professioneller Praxis. Die *Ottawa-Charta* der Weltgesundheitsorganisation (1992) zur Gesundheitsförderung aus dem Jahre 1986 und die darauf aufbauende Initiative "Gesunde Städte" formuliert eine Perspektive bürgerschaftlichen Engagements als Basis für Gesundheitsförderung. In der Ottawa-Charta heißt es: Gesundheitsförderung "zielt auf einen Prozeß, allen Menschen ein höheres Maß an Selbstbestimmung über ihre Lebensumstände und Umwelt zu ermöglichen und sie damit zur Stärkung ihrer Gesundheit zu befähigen". Und etwas später: "Gesundheit wird von Menschen in ihrer alltäglichen Umwelt geschaffen und gelebt: dort, wo sie spielen, lernen, arbeiten und lieben. Gesundheit entsteht dadurch, daß man sich um sich selbst und für andere sorgt, daß man in die Lage versetzt ist, selber Entscheidungen zu fällen und eine Kontrolle über die eigenen Lebensumstände auszuüben sowie dadurch, daß die Gesellschaft, in der man lebt, Bedingungen herstellt, die allen ihren Bürgern Gesundheit ermöglichen". Die Arbeitsdefinition für eine "Gesunde Stadt" sieht bei der WHO so aus: Sie "verbessert kontinuierlich die physischen und sozialen Lebensbedingungen und fördert die Entfaltung gemeinschaftlicher Aktions- und Unterstützungsformen, beides mit dem Ziel, die Menschen zur wechselseitigen Unterstützung in allen Lebenslage zu befähigen und ihnen damit die maximale Entfaltung ihrer Anlagen zu ermöglichen" (zit. nach Trojan & Stumm 1992). Gesundheit ist also in diesem Sinne nicht ein Produkt der Gesundheitsfachleute und des medizinisch-industriellen Komplexes, sondern ist in unserem gemeinschaftlich hergestellten Alltagsleben begründet.

(3) Der UNO-Umweltgipfel von Rio de Janeiro im Jahre 1992 wurde das Aktionsprogramm "Agenda 21" veranschiedet, das Maßnahmen fordert, die ergriffen werden müssen, um dem Ziel einer weltweiten nachhaltigen

Entwicklung näher zu kommen. Dieser Faden ist aufgenommen worden und weltweit werden Agenda 21-Projekte durchgeführt. Als zentraler ideeller Rahmen für diese Projekte gilt in der Bundesrepublik die Studie *"Zukunftsfähiges Deutschland"* (herausgegeben vom BUND und von Misereor). In ihr sind nicht nur eine Fülle ökologischer Einsichten und Vorschläge zusammengefaßt, sondern auch eine Gesellschaftsidee entwickelt, in der soziale Fairneß und Gemeinsinn einen zentralen Stellenwert erhalten: "Eine ökologisch zukunftsfähige Gesellschaft" wird beschrieben als "eine pluralistische Gesellschaft. Sie weist einen Reichtum menschlicher Möglichkeiten aus, räumt unterschiedlichen Menschen die Freiheit ein, die ihnen zusagende Möglichkeit zu leben, und verbindet diese Freiheit, indem sie sie allen gewährt, mit sozialer Fairneß und Gemeinsinn" (1996, S. 351). Ausgehend von einer solchen Perspektive wird ein zivilgesellschaftliches Umdenken für das Verhältnis von Staat und Gesellschaft erforderlich: "Die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft müssen sich ändern. Es sind nicht mehr länger die Gesellschaft und ihre Bürgerinnen und Bürger, die sich wie Planeten um das Zentrum Staat drehen, sondern umgekehrt: Bürger und Gesellschaft rücken ins Zentrum, und dem Staat obliegt die wichtige Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Finanzmittel so eingesetzt werden, daß sich das soziale Kapital vermehrt" (S. 358).

Bürgerschaftliches Engagement ist als ein Handlungsfeld anzusehen, in dem soziales Kapital gestiftet wird. Kommunen haben dafür förderliche Bedingungen zu schaffen. Das wird nicht mit moralischen Appellen gelingen und auch nicht mit Sonntagsreden und Zertifikaten zum Ehrenamt. Wir brauchen den politischen Willen zu einer echten BürgerInnendemokratie und zur aktiven Förderung einer kommunalen Infrastruktur, in der diese entstehen kann: "Es gilt wieder eine dichtere zivile Gesellschaft mit Austausch- und Solidaritätsbereichen zu schaffen, die in ihr selbst verankert sind und nicht obrigkeitsstaatlich verordnet werden" (S. 359).

(4) Auch für den Bereich der Sozialpolitik wird immer häufiger die Perspektive einer aktiven Bürgergesellschaft gefordert. Warnfried Dettling (1995, S. 21f.) etwa entwirft das Leitbild einer *"demokratischen Wohlfahrtsgesellschaft"*, die geprägt ist von der "Rekonstruktion des Sozialen durch eine aktive und kompetente Gesellschaft". Dazu bedarf es neuer Prioritätensetzungen:

Zum einen: "Der Staat sieht seine Aufgaben in Bund, Ländern und Gemeinden nicht mehr primär darin, soziale Dienste und Leistungen zur Verfügung zu stellen, sondern die gesellschaftlichen Kräfte und Ressourcen zu mobilisieren. *Aufgabe der Politik ist es nicht, die Gesellschaft zu bedienen, sondern sie zu aktivieren*".

Und zum anderen: "Dazu bedarf es eines neuen Ansatzes in der (kommunalen) Sozialpolitik, der sich an den *Ressourcen* (der Menschen, der Gesellschaft) orientiert und *nicht an ihren Defiziten*. Menschen, auch die in Randgruppen, haben nicht nur Mängel und Probleme, sondern immer auch Fähigkeiten. Ob diese brachliegen oder ob sie zu ihrem eigenen und zum sozialen Wohl mobilisiert werden, hängt immer auch von den Rahmenbedingungen ab, die politisch verändert werden können. *Nur wer Menschen etwas zutraut, kann ihnen helfen, kann soziale Probleme lösen und die soziale Qualität des Gemeinwesens verbessern*".

(5) Am konsequentesten sind die bereits genannten Anregungen im *Kommunitarismus* programmatisch verdichtet worden. Er streitet für den "spirit of community" (Etzioni 1993), für Gemeinschaftsinitiativen in einer individualisierten Gesellschaft. Manche Kommunitarier mögen dabei gefährdet sein, sich eine rückwärtsgewandte Gemeinschaftsidylle vorzustellen. Die Mehrheit der Kommunitarier sucht nach einer neuen Balance von individueller Autonomie und Selbstgestaltung und gemeinschaftlichen Werten und Projekten. Amitai Etzioni, der unermüdliche Trommler für ein "kommunitaristisches Programm" betont, daß der "Ruf nach mehr sozialer Verantwortung ... nicht auf die Einschränkung individueller Rechte zielt, daß vielmehr starke Rechte und ein hohes Maß an Verantwortung zusammengehören"; und er betont weiterhin, "daß individuelles Erfolgstreben mit Gemein Sinn vereinbar ist und keiner von uns in Askese, Altruismus oder Selbstaufopferung leben muß" (1995, S. 1).

Für die Kommunitarier kann es nicht um die Regeneration regressiver Gemeinschaftsideologien gehen. Für sie geht es um die Bestimmung des "ethischen Minimums" für eine humane Gesellschaft (so Walzer) und um Grundprinzipien demokratischer Gesellschaften, zu denen Taylor die drei folgenden rechnet:

(1) Solidarität ist unteilbar und insofern ein einheitsstiftender Wert. Die Gesellschaftsmitglieder definieren sich als "Beteiligte am gemeinsamen

Unternehmen der Wahrung ihrer Bürgerrechte". Der Antrieb dafür "kann nur aus einem Gefühl von Solidarität kommen, das die allgemeine Verpflichtung zur Demokratie übersteigt und mich mit jenen anderen, meinen Mitbürgern, verbindet" (Taylor 1993, S. 14).

(2) Partizipation ist die zweite Grundbedingung für Demokratie. Wichtig sind hier soziale "Bewegungen, in den sich Bürger selbst organisieren, um auf den politischen Prozeß einzuwirken. (...) Diese Bewegungen erzeugen einen Sinn für zivile Macht, ein Gemeinschaftsgefühl bei der Verfolgung von Zielen" (a.a.O., S. 16). Taylor plädiert für eine "weitgespannte Vielfalt von Formen direkter Partizipation" und für die Schaffung dezentraler politischer Einheiten, die "eine Beziehung zu lebendigen Identifikationsgemeinschaften haben (müssen)" (a.a.O., S. 17).

(3) Sinn für gegenseitigen Respekt ist die dritte zentrale Bedingung. "Ohne diesen Respekt bliebe es unverständlich, warum das Gemeinwesen die Bürgerrechte gemeinschaftlich verteidigt. Wenn auch nur eine regional, ethnisch, sprachlich oder wie immer bestimmte Gruppe von Bürgern Anlaß zu der Annahme hat, daß ihre Interessen übergangen werden oder daß sie diskriminiert wird, ist die Demokratie in Frage gestellt." Besonders die Erfahrungen sozialer Ungleichheit bedrohen die demokratischen Grundwerte und deshalb kommt den "Einrichtungen des Wohlfahrtsstaates" eine so zentrale Bedeutung zu: "Er hat entscheidend dazu beigetragen, daß die Bürger sich gegenseitig eine gewisse Achtung bezeugen" (S. 18).

(6) In seinem neuesten Buch "Jenseits von Links und Rechts" betont der englische Soziologe Anthony Giddens die zentrale Bedeutung des "*aktiven Vertrauens*" in einer individualisierten Gesellschaft und mit dieser Kategorie liefert er eine zentrale Grundidee für das, was bürgerschaftliches Engagement so wichtig macht. Er sagt: "Verstärkte Solidarität beruht in einer der Enttraditionalisierung ausgesetzten Gesellschaft auf dem sogenannten *aktiven Vertrauen* in Verbindung mit einer Erneuerung der persönlichen und sozialen Verantwortung für andere. Das aktive Vertrauen schreibt sich nicht von vorgegebenen sozialen Positionen her, sondern es muß errungen werden. Das aktive Vertrauen steht nicht im Gegensatz zu Autonomie voraus und ist eine reichhaltige Quelle sozialer Solidaritätsbeziehungen, denn Zustimmung wird hier nicht durch traditionsbestimmte Regelungen erzwungen, sondern freiwillig gewährt" (1997, S. 35).

(7) Ganz aktuell habe ich noch einen siebten Zukunftsentwurf in meine Sammlung aufnehmen können. Er findet sich in einem gerade erschienenen Buch mit dem Titel „Post-Work“ (Aronowitz & Cutler 1998). Es enthält ein „Post-Work Manifesto“, das die Idee der Befreiung von erzwungener Arbeit entwickelt und dabei die Diskussion um die Zukunftsperspektiven von Arbeit sehr gut bündelt. Gefordert werden da (1) ein garantiertes Einkommen, das die elementaren Grundbedürfnisse absichert; (2) eine radikale partizipatorische Demokratie, die durch das „Ende endloser Arbeit“ möglich wird; (3) eine neue Arbeitspolitik, die sinnvolle Arbeit dort ermöglicht, wo die Nachhaltigkeit der Lebensformen betroffen ist; (4) die Reduktion von Arbeitsstunden auf ein Sechs-Stunden-Tag für alle; (5) Bildung als eine Lebensform soll ermöglicht werden; (6) sinnvolle Arbeit ist weiterhin zu tun (gemeint sind hier vor allem öffentliche Dienstleistungen für Straßenbau, Brücken, Wasserversorgung, Schulen, Parks und öffentlichen Verkehr); (7) Menschen sollen nicht vom Brot allein leben, sondern in kreativ-künstlerischen Aktivitäten gefördert werden; und (8) allgemeine öffentliche Dienste sollen bevorzugt bezahlt werden, vor allem solche, die besonders unbeliebt sind (z.B. Müllbeseitigung, Straßenreinigung, repetitive Bürotätigkeiten).

Aus diesen siebenfach inspirierten und durchaus konvergierenden Anregungen für eine realen Utopie von einer kommunalen Lebensform, die vom bürgerschaftlichen Engagement geprägt und gestaltet ist, sollten Konzepte für eine zukunftsfähige Stadtgesellschaft entwickelt werden. Allerdings wären alle diese schönen utopischen Anregungen wenig wert, wenn sich die düsteren Bildern einer Gesellschaftsentwicklung bestätigen sollten, in der es nur noch isolierte Ichlinge gibt, die nichts anderes im Sinne haben, als ihren eigenen Vorteil zu suchen und zu nutzen.

Visionen können das Herz erwärmen, aber sie können uns auch in ein Wolkenkuckuchsheim führen, das mit unserer Wirklichkeit nichts mehr zu tun hat. Was wissen wir denn über aktuelles und potentielles bürgerschaftliches Engagement in der Bundesrepublik.

WIE HOCH IST DAS SOZIALE KAPITAL IN DER BUNDESREPUBLIK?

"Soziales Kapital" wird in der Bundesrepublik oft sehr verkürzt als "ehrenamtliche Tätigkeit" definiert. Das Bild wird auch dadurch noch weiter verzerrt, daß gegenwärtig gerne zwischen "altem" und "neuem Ehrenamt"

po-larisiert wird. Ich halte den Begriff des "bürgerschaftlichen Engagements" für angemessener. Damit soll der Tatsache Rechnung getragen werden, daß sich in den aktuellen Umbruch- und Umbauprozessen auch die Motive und Handlungsformen freiwilligen sozialen Engagements ändern. Diese Annahme wird durch die empirischen Befunde zu diesem Tätigkeitsfeld nachhaltig unterstützt. Wie bereits angesprochen hat Helmut Klages ein "frei flottierendes Potential an Gemeinsinn" in unserer Gesellschaft diagnosti-ziert. Es ist empirisch durchaus faßbar und frei ist es wohl nur in bezug auf seine zunehmende Entkoppelung von seinen traditionellen Verdichtungs- und Einbindungsformen wie Kirchen, Verbänden, Parteien, Gewerkschaften. Wir haben mit auf den ersten Blick paradoxen Phänomenen zu tun, daß von den Stammorganisationen der freien Wohlfahrtspflege, aber auch von Vereinen und den Kirchen ein Rückgang ihres Ehrenamtlichenbereichs beklagt wird, daß aber andererseits eine Zunahme freiwilligen sozialen Engagements behauptet wird. Diesem Paradox werden wir noch Aufmerksamkeit zu schenken haben.

Seriöse Daten liegen seit 1992 vor. Mit einer Zeitbudgeterhebung hat das Statistische Bundesamt die bis dato präzisesten Ergebnisse zur ehrenamtlichen Tätigkeit in Deutschland erhoben. Sie kam auf einen durchschnittlichen Wert von 17 % der deutschen Bevölkerung im Alter zwischen 12 und über 70, die sich in Vereinen, sozialen Diensten oder öffentlichen Ämtern engagiert. Die Eurovol-Studie (Gaskin et al. 1996) kam zu einem ähnlichen Befund (18%) und hat Deutschland im europäischen Vergleich die vorletzte Position zugewiesen. Für die USA oder die Niederlande wird geschätzt, daß fast die Hälfte der Bevölkerung bürgerschaftlich engagiert sei. Weicht die Situation in Deutschland tatsächlich so weit von diesen Vergleichsdaten ab? Aktuelle Daten aus dem "Sozio-oekonomischen Panel" (SOEP) aus dem Jahr 1994 mit Vergleichsdaten bis ins Jahr 1984 zurück lassen Zweifel an dieser Vermutung zu (vgl. Heinze/Keupp 1997). Diese Daten vermitteln ein deutlich höheres Aktivitätsniveau im freiwilligen sozialen Engagement: Um 30 % der Bevölkerung der westdeutschen Bevölkerung ist aktiv. Dieses Engagement wird vor allem in Vereinen, Verbänden und sozialen Diensten erbracht. Dieser Bereich ist dreifach so groß wie Aktivitäten bei Parteien, Bürgerinitiativen und in der Kommunalpolitik. Im deutlichen Kontrast zu öffentlichen Klagen, daß wir es in einer individualisierten Gesellschaft mit einem dramatischen Rückgang gemeinschaftsorientierten Engagements zu tun hätten, zeigen die SOEP-Daten, daß in dem erfaßten 10-Jahreszeitraum das Engagement um 5%

zugenommen hat. Die Engagementformen verändern sich von kontinuierlichen zu eher projektorientierten Engagements. Auch bei Frauen, die nachwievor die zentrale Kraft im Sozialbereich bilden, überwiegen die unregelmäßigen und projektförmigen Engagements. Dafür dürften die gewachsene Erwerbsneigung und -beteiligungen von Frauen verantwortlich sein. Jugendliche sind genauso stark engagiert wie Erwachsene. Generell führt soziales Engagement zu einer überdurchschnittlichen Lebenszufriedenheit. Gute Bildung und sicheres Einkommen sind nachwievor wichtige förderliche Bedingungen für bürgerschaftliches Engagement. Allerdings zeichnet sich ein überdurchschnittlicher Zuwachsrate bei Nichterwerbstätigen und bei Menschen ohne Schulabschluß. Der erste Blick zeigt eine "Entpolitisierung" des bürgerschaftlichen Engagements. Aktivitäten im Rahmen von politischen Parteien, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen nehmen ab. Auch im kirchlichen und wohlfahrtsverbandlichen Bereich geht das ehrenamtliche Engagement zurück. Zuwächse verzeichnen Vereine, Selbsthilfeinitiativen und neue institutionelle Formen bürgerschaftlichen Engagements wie Freiwilligenagenturen, Tauschringe etc. Im Bereich der lebensweltlich erbrachten Alltagssolidarität scheinen sich die freiwilligen Aktivitäten immer stärker zu entfalten. Das könnte als stärkere "Privatisierung" von Engagement erscheinen. Zunächst drückt es wohl nur eine wachsende Disjunktion zwischen gemeinwohlorientierten Handlungsbereitschaften und einem öffentlichen Raum aus, in dem diese Potentiale keine geeigneten Kristallisationspunkte finden.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die These von Helmut Klages, daß ein "ein frei flottierendes Potential an Gemeinsinn in der Gesellschaft" existiere (in Körber-Stiftung 1993, S. 40), empirisch durchaus haltvoll ist. Neuerdings spricht Klages (1998) von einem „brachliegenden Potential“ (S. 37) oder - noch dramatischer in der Formulierung - von einer „riesigen 'schlafenden Ressource'“ (S. 34). In seiner eigenen Studie, die 1997 durchgeführt wurde, liefert er uns noch eindrucksvollere Daten als der SOEP. Im Durchschnitt sind es 38% der Deutschen, die freiwillig engagiert sind (39% im Westen und 35% im Osten Deutschlands).

Es gibt deutliche Hinweise auf einen allmählichen Rückgang des traditionellen Ehrenamtes, der sich vor allem im Bereich der sozialen Dienste zeigt und der vor allem von den Repräsentanten traditioneller subsidiär erbrachter Wohlfahrtsleistungen registriert und beklagt wird. Es gibt aber insgesamt betrachtet eher eine Zunahme freiwilligem gesellschaftlichem

Engagement. Allerdings - und das kommt in der Formulierung vom "frei flottierenden Potential an Gemeinsinn" gut zum Ausdruck - speist sich dieses Potential nicht mehr aus Motivlagen, die eine kontinuierliche oder gar lebenslange Anbindung an spezifische Institutionen erwarten läßt. Gerade die motivationalen Muster, die auf individuelle Authentizität oder auf konkrete Projekte der Veränderung in der eigenen überschaubaren Lebenswelt zielen, lassen eher punktuelle und projektbezogene Formen des Engagements erwarten.

Interessant scheint mir auch die sog. Geislingen-Studie, die von der Geschäftsstelle für bürgerschaftliches Engagement im Sozialministerium Baden-Württembergs in Auftrag gegeben wurde. Sie erlaubt, die Auflösung des formulierten Paradoxons voranzutreiben. Sie ermittelte (ähnlich auch Prokop et al. 1996), daß 38% aller Befragten "grundsätzlich Engagementbereitschaft für gemeinwesenorientierte Projekte (zeigten), so z.B. für das Bürgerbüro 'Bürger im Kontakt', wo freiwillige Dienstleistungen von Bürgern für Bürger vermittelt werden, z.B. Besuchsdienste, kleine Reparaturen, Hausaufgabenhilfe usw" (Ueltzhöffer 1996, S. 121). Diese Bereitschaft gilt für alle Altersgruppen, also auch für Jugendliche und junge Erwachsene, an denen der Egoismus-Trend gerne prototypisch festgemacht wird. Das zeigen auch Ergebnisse der Netzwerkforschung: Heranwachsende leisten in hohem Maße alltägliche Hilfe, wenn in ihren Familien oder Freundeskreisen Hilfe benötigt wird. Die Geislingenstudie bestätigt auch die Beobachtung, daß gemeinsinnorientierte Aktivitäten und Engagements zunehmend weniger von den Motivationen des klassischen Ehrenamtes: (Bürger-)Pflicht und religiös unterlegter Altruismus leben. In den Motivationen verknüpfen sich vielmehr Stränge, die oft als unvereinbar hingestellt werden: Etwas für andere und zugleich etwas für sich zu tun, aber von großer Bedeutung ist auch der Gestaltungswille: Einfluß zu nehmen auf das Geschehen in seiner Gemeinde. Wichtig ist den Befragten, daß sie ihr zeitliches Engagement selbst steuern können und von keiner staatlichen oder kirchlichen Großorganisation vereinnahmt werden.

Hier stoßen wir auf die Motivstränge des bürgerschaftlichen Engagements. In einer Studie über Ehrenamtliche im Sanitätsdienst des Arbeiter-Samariter-Bundes und des Deutschen Roten Kreuzes (Roth & Simoneit 1993) wird in Interviewaussagen deutlich, was unter dem gewandelten Ehrenamt zu verstehen ist. Die langjährigen Aktivisten verstehen ihre Aufgabe aus einer Pflichtethik heraus. Sie sagen: "Die Dienstübernahme ver-

pflichtet zum Einsatz wie am Arbeitsplatz". Die Jugendlichen im Sanitätsdienst kritisieren die "eher langweilige Routine" und die starre Organisationsform, in die sie sich einzupassen haben. In einer brandneuen nordrheinwestfälischen Studie zum freiwilligen Engagement (Heinze & Bucksteeg 1996) sagt eine Mitinitiatorin einer Freiwilligen-Agentur: "Man engagiert sich, weil man die Zukunft selbst gestalten und die politische Landschaft verändern will" (S. 87) und drückt damit eine zentrale Motivquelle für soziales Engagement heute aus. Und immer wieder wird formuliert, daß zu diesem Ziel nicht eine hierarchische Einsatzplanung paßt. "Starre Hierarchien und Vorgaben werden von den Engagierten nicht als Hilfestellung, sondern als Hemmnis bei der Verwirklichung ihrer Ideen wahrgenommen. Die neuen Motive können sich am besten in überschaubaren, autonomen lokalen Zusammenhängen und wenig formal organisiert entwickeln" (S. 94).

Für einen wachsenden "bowling alone"-Effekt (vgl. Putnam 1995) gibt es in Deutschland keine beweiskräftigen Belege. Zwar gibt es einige spezifische Risikogruppen für Vereinsamung und mangelnde soziale Integration, aber für die durchschnittliche Bevölkerung zeigt sich ein hohes Maß sozialer Vernetzung und daraus entstehender Alltagssolidarität. Dieses "soziale Kapital" ist allerdings gesellschaftlich ungleich verteilt. Dies zeigt sich letztlich auch in dem Befund, daß ökonomisch und bildungsmäßig privilegierte gesellschaftliche Gruppen auch in höherem Maße in freiwilligen gesellschaftlichen Aktivitäten beteiligt sind. Gleichzeitig gibt es jedoch auch Hinweise auf eine zunehmende Aktivierung von sozial benachteiligten und aus der Erwerbsarbeit ausgeschiedenen Gruppen.

Als deutlicher Trend zeichnet sich eine Verlagerung des Engagements aus den Bereichen politischer Parteien und Bürgerinitiativen hin zu überschaubaren Formen der Alltagssolidarität in den lebensweltlichen sozialen Netzen ab. Das gilt vor allem für Heranwachsende, die ihre Handlungsbereitschaften immer weniger auf den politischen Raum ausrichten.

Für einen Rückgang der zentralen Wertigkeit der Erwerbsarbeit für die individuelle Identität von Personen gibt es keine Hinweise. Eher im Gegenteil: Gerade auch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind die subjektiven Sinnerwartungen an die Arbeit gewachsen. Das liegt durchaus im Trend einer allgemeinen Entwicklung, daß Tätigkeiten weniger in ihrer

instrumentellen Funktion bewertet werden, sondern unter dem Aspekt der in ihnen selbst vermittelten Sinnschöpfung.

Das nicht unbeträchtliche Potential freiwilligen sozialen Engagements erfordert die Entwicklung neuer gesellschaftlicher Aktivierungsfelder. Die traditionellen Rekrutierungsinstitutionen werden dies ohne einen tiefgreifenden Wandel ihrer Leitbilder und ihres öffentlichen Erscheinungsbildes kaum leisten können. In seiner Gesellschaftsdiagnose spricht Helmut Klages von dem immer deutlicher erkennbaren "Grundbedürfnis" einer wachsenden Anzahl von Personen, "Subjekt des eigenen Handelns zu sein, das keineswegs mit dem Gemeinwohl in Widerspruch steht" (ebd.). Diesem Grundbedürfnis müssen die Handlungsformen bürgerschaftlichen Engagements Rechnung tragen.

Ich fasse diesen Schritt in einer weiteren *These* zusammen:

Die verfügbaren Daten rechtfertigen die Aussagen, daß es in der Bundesrepublik ein hohes Aktivitätsniveau von 30 bis 40% freiwilligen sozialen Engagements gibt und daß es ein noch brachliegendes Potential gibt. Rückgängen im Engagement vor allem bei Kirchen, Verbänden, Gewerkschaften und Parteien stehen Zuwächse bei Vereinen, Selbsthilfegruppen, Freiwilligenagenturen, Tauschringe und vor allem im Alltagsbereich gegenüber.

SCHLUßFOLGERUNGEN

Zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements sind vielfältige Maßnahmen sinnvoll:

a. Projekte des bürgerschaftlichen Engagements wie Freiwilligenagenturen, Seniorengenossenschaften, Mütterzentren oder Selbsthilfeinitiativen und ihre Aktiven brauchen Unterstützung durch anerkannte staatliche Förderinstrumente

- durch Einordnung als „besonders förderungswürdig im Sinne der Abgabenordnung“, damit sie berechtigt sind, Spendenbescheinigungen auszustellen.
- Nicht nur Geld-, sondern auch „Zeitspenden“ sollten steuerlich anerkannt werden.
- durch die Versicherung von „Sozialzeiten“ und den Erwerb von Rentenberechtigungen führen.
- durch Einführung von „favor credits“: Durch soziales Engagement können Berechtigung zur kostenlosen Nutzung von spezifischen Dienstleistungen erworben werden.

b. Benötigt werden aktive Förderinstrumente zur Mobilisierung der „schlafenden Reserven“ bürgerschaftlichen Engagements

- durch Fördertöpfe bei den Kommunen (vgl. der Selbsthilfeförderung);
- Schaffung von kommunalen Unterstützungsstellen;
- durch professionelles Coaching entsprechend der Empowermentphilosophie;
- durch Nutzung von Moderations- und Mediationskompetenzen.

c. Die öffentliche Verwaltung und die subsidiär subventionierten Verbände müssen sich verändern. Statt einer Strategie der Instrumentalisierung sind ermöglichende Strukturen schaffen.

d. BürgerInnen in Projekten bürgerschaftlichen Engagements wünschen und brauchen intensive Fort- und Weiterbildung sowie Supervisionsangebote.

- Zu nutzen sind die Kompetenzen der Bildungswerke im Bereich der Erwachsenenbildung.
- In spezifischen Bereichen freiwilliger sozialer Tätigkeit ist Supervision unerlässlich (z.B. im Pflegebereich, in Hospizen, in der Laienarbeit in der Psychiatrie).

e. Bürgerschaftliches Engagement muß als „Querschnittsaufgabe“ betrieben werden, die „Übergänge“ schafft.

- Zu fördern sind synergetischen Möglichkeiten zwischen den Bereichen Ökologie, Soziales, Gesundheit und Wirtschaft (positives Beispiel: Agenda 21).
- Förderung von Projekten einer vielfältigen Tätigkeitskultur durch Verknüpfung von Erwerbsarbeit, Eigenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement.
- Unterstützung von „Seitenwechsel“-Projekten, die Kompetenzen und Erfahrungsaustausch zwischen dem Sozial- und Gesundheitsbereich und der Wirtschaft ermöglichen.

f. Förderung der Kompetenz zu bürgerschaftlichem Engagement bei Kindern und Jugendlichen

- durch vielfältige Chancen zur Partizipation von Heranwachsenden Schule, Berufsausbildung und Lebenswelt.
- durch spezifische Projekte des Ressourcentausches, in dem vor allem benachteiligte Jugendliche Empowermenterfahrungen sammeln können (z.B. „Lichttaler“-Projekt).

Ich möchte meine Überlegungen zur Vision einer Bürgergesellschaft zusammenfassen:

1. Das Leitbild einer Gesellschaft bürgerschaftlichen Engagements geht von dem Grundbedürfnis aus, Subjekt des eigenen Handelns zu sein.

2. Für den Standort Deutschland ist die Förderung "sozialen Kapitals" genauso wichtig wie die Frage nach technologisch-ökonomischer Wertschöpfung.

3. Soziales Kapital kann nicht allein aus einer Verzichtsmoral geschöpft werden, sondern erfordert als Basis die Anerkennung von Selbstentfaltungswünschen.

4. Soziales Engagement ist ein gesellschaftlicher Wachstumsbereich - aber nur dann, wenn er nicht institutionell und Ideologisch vereinnahmt wird. In der Bundesrepublik ist das Potential noch längst nicht ausgeschöpft.

5. Für soziale Arbeit im Sinne bürgerschaftlichen Engagements reichen die traditionellen Anerkennungsformeln für Ehrenamtlichkeit nicht aus. Erforderlich ist eine Monetäre Anerkennung.

6. Bürgerschaftliches Engagement bildet die „Seele der Demokratie“. Ihre zentralen Bedingungen sind Konfliktbereitschaft und -fähigkeit sowie Bürgerpartizipation.

LITERATUR

Beck, U. (1996). Kapitalismus ohne Arbeit. DER SPIEGEL, 20/1996, S. 140 - 146.

Beck, U. (1999). Schöne neue Arbeitswelt. Frankfurt: Campus.

Bulmer, M. (1987). The Social Basis of Community Care. London: Policy Studies Institute.

BUND & Misereor (Hg.) (1996). Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Basel: Birkhäuser.

Coleman, J.S. (1988). Social capital in the creation of human capital. American Journal of Sociology, 94, S. 95 - 120.

Dettling, Warnfried (1995). Politik und Lebenswelt. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Deutsche Gesellschaft für Freizeit (DFG) (1995). Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft. Daten und Stellungnahmen zu Punkten der Großen Anfrage im Deutschen Bundestag. o.O.

Diewald, M. (1991). Soziale Beziehungen: Verlust oder Liberalisierung? Soziale Unterstützung in informellen Netzwerken. Berlin: edition sigma.

Dubiel, H. (1990). Linke Trauerarbeit. In: Merkur 496, 44, S. 482 - 491.

Dubiel, H. (1993). Das ethische Minimum. In J.Hohl & G.Reisbeck (Hrsg.): Individuum - Lebenswelt - Gesellschaft. Texte zu Sozialpsychologie und Soziologie. München: Profil, S. 27 - 30.

Elster, J. (1989). The cement. A study of social order. Cambridge: Cambridge University Press.

Etzioni, A. (1993). The spirit of community. The reinvention of American society. New York: Touchstone.

Etzioni, A. (Hg.) (1995). Rights and the common good. The communitarian perspective. New York: St.Martin's Press 1995.

Gensicke, T. (1998). Sind die Deutschen reformscheu? Potentiale der Eigenverantwortung in Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte B18/1998, S. 19 - 30.

Giddens, A. (1997). Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie. Frankfurt: Suhrkamp.

- Gross, P. (1995). Abschied von der monogamen Arbeit. *gdi impuls* 3/1995, S. 31-39.
- Heinze, R.G. & Bucksteeg, M. (1996). Freiwilliges soziales Engagement in NRW: Potentiale und Förderungsmöglichkeiten. In MAGS von NRW (Hg.), *Zukunft des Sozialstaates. Freiwilliges soziales Engagement und Selbsthilfe*. Düsseldorf.
- Heinze, Rolf & Keupp, Heiner: *Gesellschaftliche Bedeutung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit. Gutachten für die "Kommission für Zukunftsfragen" der Freistaaten Bayern und Sachsen*. Bochum/München 1997.
- Hoffmann-Nowotny, H.-J. (1984). Auf dem Weg zu einer Gesellschaft von Einzelgängern? *Neue Züricher Zeitung*, Nr. 155 vom 07.07.1984, S. 9.
- Jakob, G. (1993). Zwischen Dienst und Selbstbezug. Eine biographische analytische Untersuchung ehrenamtlichen Engagements. Opladen: Leske + Budrich.
- Jakob, G. (1994): Ehrenamtliches Engagement im sozialkatholischen Milieu: Biographische Grundlegung und verbandliche Rahmenbedingungen. In: Hoerning, E.M./Corsten, M. (Hg.): *Institution und Biographie. Die Ordnung des Lebens*. Pfaffenweiler: Centaurus, S. 221-236.
- Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.) (1997). *Jugend '97: Zukunftsperspektiven, Gesellschaftliches Engagement, Politische Orientierungen*. Opladen. Keupp, H. (1995). *Gemeinsinn aus Eigennutz? Gegen einen falschen Moralismus*. *Journal für Psychologie*, 3, Heft 2, S. 7 - 22.
- Keupp, H. (1995). Zerstört Individualisierung die Solidarität? In M.Fechter (Hg.), *Mut zur Politik. Gemeinsinn und politische Verantwortung*. Frankfurt: Hessische Gesellschaft für Demokratie und Ökologie, S. 9 - 45.
- Keupp, H. (1997). *Ermutung zum aufrechten Gang*. Tübingen: dgvt.
- Klages, H. (1998). Engagement und Engagementpotential in Deutschland. *Erkenntnisse der empirischen Forschung. Aus Politik und Zeitgeschichte*. B38/1998, S. 29 - 38.
- Körper-Stiftung (Hg.). *Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft?* 13./14.11.1993.
- Körper-Stiftung (Hrsg.). *Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft?* 13./14.11.1993.
- Kraus, W. & Knaier, W. (1989). *Selbsthilfeinitiativen und kommunale Selbsthilfeförderung*. Weinheim: Deutscher Studien Verlag.
- Kühnhardt, L. (1994). *Jeder für sich und alle gegen alle. Zustand und Zukunft des Gemeinsinns*. Freiburg: Herder.
- Marbach, J.H. & Mayr-Kleffel, V. (1988). *Soweit die Netze tragen ... Familien und soziales Umfeld*. In Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.), *Wie geht's der Familie? Ein Handbuch zur Situation der Familien heute*. München: Kösel.
- Meier, B. (1996). *Sozialkapital in Deutschland. Eine empirische Skizze*. Köln: Deutscher Instituts-Verlag.
- Meyer, P. C. & Budowski, M. (Hrsg.) (1993). *Bezahlte Laienhilfe und freiwillige Nachbarschaftshilfe*. Zürich.
- Mitscherlich, A. (1965). *Die Unwirtlichkeit unserer Städte*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Müller-Kohlenberg, H. (1990). Die Helferrückwirkung. Was profitiert der Helfer von seiner Hilfeleistung? In: Heinze, R. G./Offe, C. (Hg.) (1990): *Formen der Eigenarbeit*. Westdeutscher Verlag. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 212 - 224.
- Müller-Kohlenberg, H./Kardorff, E. v./Kraimer, K. (1994). *Laien als Experten*. Frankfurt/Main.
- Mutz, G. (1996). *Dynamische Arbeitslosigkeit. Unveröffentlichte Expertise für die Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen*. Bonn.

- Mutz, G., Kühnlein, I., Burda-Viering, M. & Holzer, B. (1997). Öffentliche Eigenarbeit. Sozialwissenschaftliche Untersuchung des "Haus der Eigenarbeit" in München. Abschlußbericht an die anstiftung. mps texte 1/97. München.
- Nadai, E. (1996). Gemeinsinn und Eigenutz. Freiwilliges Engagement im Sozialbereich. Bern: Haupt.
- Prokop, E., Schroll-Decker, I. & Hofer, B. (1996). Ehrenamtliche soziale Arbeit in der städtischen Gesellschaft. München: Verein für Fraueninteressen e.V..
- Prokop, E., Schroll-Decker, I. & Hofer, B. (1996). Ehrenamtliche soziale Arbeit in der städtischen Gesellschaft. München: Verein für Fraueninteressen e.V..
- Putnam, R.D. (1995). Bowling alone: America's declining social capital. *Journal of Democracy*, 6, S. 65 - 78.
- Rifkin, J. (1997). Die dritte Säule der neuen Gesellschaft. *DIE ZEIT*, Nr. 19, 02. Mai 1997, 32.
- Roth, S. & Simoneit, G. (1993). Vergesellschaftung durch ehrenamtliche Tätigkeit im sozialen Bereich. In M.Kohli et al. (Hg.), *Engagement im Ruhestand. Rentner zwischen Erwerb, Ehrenamt und Hobby*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 143 - 179.
- Sennett, R. (1996). Etwas ist faul in der Stadt. Wenn die Arbeitswelt bröckelt, wird die Lebenswelt kostbar: Perspektiven einer zukünftigen Urbanität. *DIE ZEIT* Nr. 5/1996 vom 26.01.1996, S. 47/48.
- Silbereisen, R.K., Vaskovics, L.A. & Zinnecker, J. (Eds.) (1997). *Jungsein in Deutschland. Jugendliche und junge Erwachsene 1991 und 1996*. Opladen: Leske + Budrich.
- Statistisches Bundesamt (o.J.). Sonderauswertung zur Broschüre "Wo bleibt die Zeit" - Ergebnis der Zeitbudgeterhebung 1991/92.
- Taylor, C. (1993). Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie? *Transit*, 5, S. 5 - 20.
- Ueltzhöffer, J. (1996). Wege zur Bürgergesellschaft: die Geislingen-Studie. In W.R.Wendt u.a., *Zivilgesellschaft und soziales Handeln. Bürgerschaftliches Engagement in eigenen und gemeinschaftlichen Bezügen*. Freiburg: Lambertus, 121 - 137.
- Walzer, M. (1992). *Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit*. Frankfurt: Campus.
- Walzer, M. (1994). Moralischer Minimalismus. *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 42, 3 - 13.
- Wilkinson, H. (1997). Kinder der Freiheit. Entsteht eine neue Ethik individueller und sozialer Verantwortung? In: U. Beck (Hg.): *Kinder der Freiheit*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 85-123.
- Wuthnow, R. (1997). Handeln aus Mitleid. In U.Beck (Hg.). *Kinder der Freiheit*. Frankfurt: Suhrkampn, S. 34 - 84.
- Wuthnow, R. (1998). *Loose connections. Joining together in America's fragmented communities*. Cambridge: Harvard University Press 1998.